

5G-Skeptiker beklagen Bubentrick

Mobilfunk Der Bundesrat lockert den Schutz vor Handystrahlen durch die Hintertüre, kritisieren Antennengegner

VON ROGER BRAUN

Schnell ist es, das Mobilfunknetz der fünften Generation. In zwei Sekunden lässt sich ein Film herunterladen. Doch wird 5G auch bald in der Schweiz verfügbar sein? Seit der Ständerat zweimal Nein gesagt hat zur Lockerung des Strahlenschutzes, sehen die Telekomanbieter den Ausbau des 5G-Netzes gefährdet. Derzeit macht sich eine Arbeitsgruppe Gedanken, wie das ultraschnelle Internet künftig flächendeckend verbreitet werden kann.

Der Bundesrat bleibt in der Zwischenzeit nicht untätig. Vergangene Woche verschickte er eine Medienmitteilung mit einem harmlos klingenden Titel: «Bundesrat genehmigt Änderungen an sechs Verordnungen.» Eine davon betraf technische Anpassungen zu 5G-Antennen. Der Schutz vor Strahlung sei davon nicht betroffen, beteuerte der Bundesrat. Kaum jemand nahm von der Mitteilung Notiz. Bis sich gestern der Verein «Schutz vor Strahlung» zu Wort meldete. «Entgegen der Medienmitteilung aus dem Bundeshaus führen diese Anpassungen zu einer starken Schwächung des Schutzniveaus vor Mobilfunkstrahlung», warnte der Verein. Der Entscheid sei «ein Ostergeschenk» für die Telekomanbieter, kritisierte der Verein, eine «Grenzwerterhöhung durch die Hintertüre».

Um was geht es? Sendeanlagen der neusten Generation strahlen anders als herkömmliche Antennen. Sie richten die gesteigerte Leistung gezielt auf den aktiven Mobilfunknutzer, während das restliche Umfeld der Antenne deutlich

weniger belastet wird. Der Bundesrat hat deshalb entschieden, für diese «adaptiven Antennen» eine spezielle Rechtsgrundlage zu erstellen. Dürfen herkömmliche Antennen den maximalen Grenzwert für den Strahlenschutz zu keinem Zeitpunkt überschreiten, soll bei adaptiven Antennen «die Variabilität der Senderichtungen und der Antennendiagramme berücksichtigt werden», wie es in der Verordnung heisst, die ab 1. Juni gilt.

Wie die variable Belastung konkret gemessen wird, muss das Bundesamt für Umwelt noch in einer Vollzugshilfe an die Kantone regeln. Klar ist, dass adaptive Antennen mit grösseren maximalen Strahlungen werden operieren können. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz sehen hier ähnlich wie der Verein «Schutz vor Strahlung» ein Einfallstor für die Schwächung des Strahlenschutzes: Markus N. Durrer, der die Umweltschutzorganisation in der Arbeitsgruppe des Bundes vertritt, spricht von einem «Bubentrick» des Bundesrats. Er warnt davor, dass die Verordnungsänderung den Weg frei macht für eine Erhöhung der effektiven Sendeleistung um den Faktor 10 bis 40.

Misstrauen auch im Parlament

Auch Mitglieder des Parlaments sind aufgeschreckt. «Hier wird das Potenzial geschaffen, um den Strahlenschutz empfindlich zu schwächen», sagt der Zürcher SP-Nationalrat Thomas Hardegger. Er befürchtet, dass das Bundesamt für Umwelt unter Druck geraten wird, eine telekomfreundliche Vollzugshilfe zu formulieren. Unverständ-



Arbeiter bei der Montage einer 5G-Antenne in Bern.

PETER KLAUNZER/KEystone

lich ist für ihn der Zeitpunkt des Entscheids. «Ich verstehe nicht, wieso der Bundesrat vorprescht, bevor die Arbeitsgruppe im Sommer ihre Ergebnisse präsentiert hat», sagt Hardegger. Für ihn herrscht keine Eile, so komme die 5G-Technologie in der Schweiz ja noch gar nicht zur Anwendung. Eigenartig mutet ihm auch die Art der Kommunikation an. «Kurz vor Ostern, verpackt mit fünf anderen Verordnungen - das lässt vermuten, dass der Bundesrat möglichst wenig Aufsehen erregen wollte», sagt Hardegger.

Neue Messmethoden notwendig

Ganz anders sieht das Peter Grütter, der Präsident des Verbands der Telekomanbieter Asut. «Das ist keine Lockerung durch die Hintertüre, sondern die Anwendung des Vorsorgeprinzips auf eine neue Antennentechnologie», sagt er. Für ihn ist es logisch, dass adaptive Sendeanlagen anders behandelt werden als die herkömmlichen. «Wenn Antennen nicht mehr strahlen wie Gieseckanten, muss man die Belastung auch anders messen», sagt Grütter. Es gehe um nichts anderes, als eine angemessene Messmethodik zu finden.

Die Befürchtungen des Vereins «Schutz vor Strahlung» hält er für überzogen. Der Bundesrat habe ja erst entschieden, dass es neue Messmethoden für eine neue Technologie brauche, sagt er. Welche das sein werden, sei Gegenstand von Diskussionen in der Arbeitsgruppe, wo auch Vertreter von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen vertreten seien. «Das Klagen auf Vorrat ist unangebracht», sagt Grütter.

Das Profil der Dschihadisten aus der Schweiz

Extremismus Eine Fedpol-Analyse zeigt, welche Gemeinsamkeiten die Islamisten haben, die aus der Schweiz in ein Konfliktgebiet gereist sind.

VON ANDREAS MAURER

Die Schweiz hat 92 Dschihadisten. So viele Personen sind bisher in ein Konfliktgebiet ausgereist, die meisten nach Syrien oder in den Irak. Nicht alle sind Kämpfer. Einige unterstützten die Terrororganisationen IS oder al-Kaida auf andere Weise: Frauen als Nachwuchsproduzentinnen, Männer als Fahrer. 31 Dschihadisten wurden getötet und 16 sind inzwischen in die Schweiz zurückgekehrt. 45 befinden sich derzeit also noch immer in Konfliktgebieten. Ein Drittel hat die Schweizer Staatsangehörigkeit.

Die Daten stammen vom Nachrichtendienst des Bundes. Auf seiner Webseite schreibt die Behörde, sie gebe keine weiteren Angaben zu Identität, Alter, Nationalität und Wohnsitz der Personen bekannt. Diese Informationen wären aber von Interesse, da sich die Schweiz nach dem Fall der letzten IS-Hochburg in Syrien auf weitere Rückkehrer vorbereiten muss. Es stellt sich die Frage: Wer sind diese Dschihadisten? Antworten würden helfen, die Gefahr einzuschätzen und Deradikalisierungsprogramme zu organisieren.

Jung, männlich und ungebildet

Einen Teil des Geheimnisses lüftet jetzt eine Partnerbehörde des Nachrichtendienstes: die Bundespolizei Fedpol. Analysten haben Ermittlungen und Strafuntersuchungen von Dschihad-Fällen zwischen 2012 und 2018 ausgewertet. Nach 2018 wurden keine Ausreisen

mehr registriert. Die Ergebnisse publiziert die Bundespolizei heute Donnerstag in ihrem Jahresbericht. Das ist demnach das Profil der Schweizer Dschihadisten:

■ **Wohnort:** Die Mehrheit stammt aus Städten und Agglomerationen. Ländliche Regionen sind «deutlich weniger betroffen». Die sprachliche Verteilung entspricht hingegen ungefähr der Gesamtbevölkerung: Fast zwei Drittel kommen aus der Deutschschweiz, ein Drittel aus der Romandie und einige wenige aus der italienischen Schweiz.

■ **Herkunft:** 60 Prozent der analysierten Dschihadisten sind im Ausland geboren. Es handelt sich um die erste Einwanderergeneration. Die Mehrheit dieser Migranten hat sich erst in der Schweiz radikalisiert.

■ **Konfession:** Drei Viertel der Personen gehören seit Geburt dem Islam an. Ein Viertel ist konvertiert. Die grosse Mehrheit verkehrt in einer Moschee.

■ **Alter und Geschlecht:** Der IS zieht vor allem Männer an (über 80 Prozent). Das Durchschnittsalter beträgt 32 Jahre.

■ **Bildung:** Bei der Abreise hatte jeder zweite Dschihadist weder eine Arbeit noch eine Ausbildung. Die meisten hatten einst eine Lehre oder eine Fachschule begonnen, aber nicht abgeschlossen. Nur ganz wenige studierten an einer Universität. Am weitesten gebracht haben es zwei Islamisten mit einem Bachelor-Titel. Alle anderen haben das Studium vorher abgebrochen.

■ **Kriminalität:** Jeder dritte Dschihadist hat eine kriminelle Vergangenheit. Bekannt sind vor allem Gewalt-, Drogen- und Eigentumsdelikte.

■ **Biografie:** Bei den meisten Dschihadisten hat ein prägendes Ereignis zu einem Bruch in der Biografie geführt: eine Krankheit, eine Kündigung, eine gescheiterte Ausbildung, familiäre Probleme oder ein schwerer Unfall.

INSERAT

Zuverlässigkeit ist eine Schweizer Tugend.
Kompromisse sind es auch.

Lars Vadala,
Frais SA

JA

zum AHV-/
Steuerkompromiss
am 19. Mai

steuerkompromiss.ch

 SWISSMEM